

Stefanie Hürtgen

Arbeit, Subjekt, solidarische Gesellschaft

Arbeiter*innen als alltagspolitische Akteure

Einleitung

Es ist politisch und wissenschaftlich leider in Mode gekommen, soziales Handeln von Arbeiter*innen entlang von verallgemeinerten, oft noch klischeehaften Sozialfiguren zu diskutieren. Solche stereotypisierten Figuren sind beispielsweise der Malocher als konservativer Langweiler und stупider Konsument, der angeblich nur auf Haus, Auto, Familie und Fernreise orientiert ist und sonst nichts von der Welt wissen will (z.B. bei Nico Paech) – oder auch Vorstellungen von Beschäftigten als neoliberalisiert-angepasste Quasi-Unternehmer*innen, die die flexiblen ökonomischen Anforderungen längst »vernünftig« hätten (z.B. bei Ulrich Bröckling). In derartigen Betrachtungen bleibt die soziale Eigensinnigkeit von tagtäglichen subjektiven Orientierungen und Handlungen konzeptionell ausgeblendet. Sie kann weder in ihrer politischen Bedeutung für die (Alltags-)Reproduktion des Gesellschaftlichen noch als zentrale Ressource progressiver Transformation in den Blick genommen werden. Stattdessen gilt es, so die These dieses Beitrages, sich den alltäglichen Auseinandersetzungen mit der gesellschaftlichen (Arbeits-)Welt zuzuwenden und nach den politischen Momenten alltäglicher Subjektivierung zu fragen. Gegen eine einseitige Top-down-Betrachtung steht der *doppelte* Konstitutionszusammenhang von Individualität und Gesellschaftlichkeit zur Debatte (Regina Becker-Schmidt). Zentral ist die *Art und Weise*, in der sich (Arbeits-)Subjekte in alltagspraktisch aktiver Reflexion und Interpretation des gesellschaftlich Allgemeinen konstituieren. Entlang einer Analyse gegenwärtiger sozialer und arbeitsinhaltslicher Ansprüche von (Lohn-)Arbeiter*innen werde ich diskutieren, dass wir es verbreitet mit einer bemerkenswerten – aber bislang viel zu wenig beachteten – alltagspolitischen Subjektstitution zu tun haben. Diese zielt (unspektakulär) auf alltägliches selbstverständliches eingreifendes Handeln im Sinne progressiver gesellschaftlicher Gestaltung ab und ist dabei keineswegs traditionalistisch-ouvertierisch ausgerichtet, sondern beinhaltet vielfache Anschlüsse an progressiv transformierende ökologische, arbeitsinhaltsliche und menschenrechtlich-universalistische Prinzipien möglicher künftiger Gesellschaftlichkeit. Wir können sie unter Rückgriff auf die Kritische Psychologie als gesellschaftlich-erweiterte Handlungsorientierung bezeichnen (Holzkamp 1985; 1990). Gesellschaftlich-erweiterte Handlungsorientierung meint,

Arbeit, Subjekt, solidarische Gesellschaft

95

dass die Herstellung der je eigenen individuell relevanten Arbeits- und Lebensbedingungen als konflikthafte Beteiligung an der allgemein-kollektiven Herstellung dieser Bedingungen aufgefasst wird. Eine solche Handlungsorientierung entsteht nicht bedingungslos und willkürlich. Sie ist angewiesen auf über-individuelle und zugleich praktisch wirksame Verallgemeinerungen progressiver Normen und Sichtweisen (beispielsweise in Bewegungen und Organisationen oder auch bereits institutionalisierten sozialen Rechten), auf die sich die (Arbeits-)Subjekte beziehen und in die sie sich in ihrer Alltagspraxis (verändernd) einschreiben können.

Allerdings befindet sich diese progressiv-eingreifende Alltagssubjektivierung in einer akuten Krise. Sie ist in die Defensiv gedrängt von einem neoliberalistischen Umbau von Arbeit und Gesellschaft, der über permanente Restrukturierung und Personalabbau die sozialen Arbeitszusammenhänge vielfach zerschlägt und flexible Höchstleistungen auf Dauer verlangt, während politischer Einspruch gegen immer neue Konkurrenzoptimierung und soziale Entsicherung als sozioökonomisch irrational diskreditiert und ausgehebelt wird. Eine (alltags)politische kritisch reflektierende und gestaltende Subjektivierung kann sich so nur noch schwer auf Prinzipien notwendigen sozialen Fortschritts beziehen. Vielmehr droht die Vorstellung einer sozialen Gestaltung von Betrieb und Gesellschaft überhaupt in eine zwar schöne, im herrschenden Alltag aber zutiefst hinderliche Illusion umgewandelt zu werden (Hürtgen/Voswinkel 2014). Die subjektive Handlungsorientierung wird restriktiv, d.h. lediglich auf partikular-private Absicherung hin ausgerichtet (Holzkamp 1990), und die Maxime geschickter Beteiligung an der eigenen, als unabänderbar aufgefassten Unterdrückung gewinnt an Terrain. Das kann, wie die aktuellen Entwicklungen eindrücklich vor Augen führen, die aggressiv-reaktionäre Projektion gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit auf weiße starke Männer, die wieder für Ordnung sorgen sollen, einschließen, während man selbst nach (noch) weiter unten tritt.

Umso wichtiger ist die genauere Analyse der progressiv-eingreifenden Subjektivierung von (Lohn-)Arbeiter*innen, die immer noch vielfach besteht. Für ein gesellschaftliches, nicht auf »Staat« und »Wahlen« reduziertes demokratisches Transformationsprojekt sollte die bemerkenswerte inhaltliche Reichweite dieser alltagspolitischen Subjektivierung nicht länger links liegen gelassen, sondern ausgeleuchtet und (diskurs)politisch gestärkt werden. Der Artikel versteht sich als Beitrag hierzu.

Zur moralischen Ökonomie der (Arbeits-)Welt

Erst über die Krise (alltags)politischer Subjektivierung wird deutlich: Es ist keineswegs eine Selbstverständlichkeit, dass Arbeiter*innen (historisch der »vierte«, verachtete, eigentlich nicht gesellschaftsfähige Stand) sich selbst als solche auffassen, die das Recht und die Kapazität haben, die bestehenden Arbeits- und Lebensverhältnisse zu kritisieren und diese zu verändern. Was also, so die logisch anschließende Frage, befähigt(e) sie zu dieser bemerkenswerten Selbstermächtigung, sich als sozial eingreifend zu konstituieren, was auch heißt, Gesellschaft als (prinzipiell) gestaltbar zu erachten? Und warum hegen keineswegs alle Beschäftigten dieses auf gesellschaftliche Handlungsfähigkeit ausgerichtete Denken, obwohl auch sie viel an den gegenwärtigen Verhältnissen aussetzen haben – und dies auch äußern?

In einem Forschungsprojekt mit Stephan Voswinkel zu Krisenwahrnehmungen von »Normalbeschäftigten« haben wir zu dieser Frage folgende Antwort herausgearbeitet: Es braucht zu dieser Selbstermächtigung grundlegende normative Vorstellungen von einem gemeinsamen gesellschaftlichen Arbeits- und Lebenszusammenhang, in die sich die Arbeitssubjekte – kritisch – einschreiben können (ausführlich Hürtgen/Voswinkel 2014). Wir haben diese basalen Vorstellungen mit Axel Honneth (2008) und anderen als *normative Ordnung* der Gesellschaft bezeichnet, es ließe sich aber mit E. P. Thompson (1980) auch von einer *moralischen Ökonomie der (Arbeits-)Welt* sprechen. Beide Male sind handlungsleitende soziale Normen, moralische Maßstäbe und Gerechtigkeitsvorstellungen zentral. Diese stellen ihrerseits keine zufällig und eklektisch versammelten Einfälle dar, sondern sie begründen zusammen ein ausdifferenziertes, die eigene soziale Praxis mit den wahrgenommenen gesellschaftlichen Strukturen bzw. anderen sozialen Akteuren verknüpfendes System normativer Zusammenhänge. Die/der Einzelne ist *Bestandteil* dieser moralischen Ökonomie, bringt sie in der eigenen Praxis mit hervor – und kann sich auf sie als mit Anderen sozial geteiltes normatives Verständnis beziehen.

Fassen wir diese moralische Ökonomie inhaltlich, so geht es Arbeiter*innen nach unseren Erkenntnissen wesentlich um eine (mit)menschliche, *soziale, inhaltlich verantwortliche Arbeitswelt*. Lohnarbeit ist für kaum jemanden einfach nur Arbeitskraftverausgabung und Geld verdienen, sondern sie wird verortet, bewertet und kritisiert im Lichte einer grundsätzlichen, normativen Betrachtung von sich selbst im gesellschaftlichen Zusammenleben und -arbeiten. Beispielsweise sollen bestimmte Normen der »Menschlichkeit« berücksichtigt werden: Vom Chef angebrüllt zu werden oder über lange Zeit bis zur Erschöpfung arbeiten zu sollen, verletzt dieses Prinzip. Eben-

Arbeit, Subjekt, solidarische Gesellschaft

so wichtig ist eine Anerkennung der vielfältigen Lebenszusammenhänge, in denen jedes Individuum steht. Niemand ist hiermach »nur« (Lohn-)Arbeitskraft, sondern hat immer auch ein soziales, sich veränderndes Leben in vielfältigen, mal schönen, mal schwierigen Bezügen, die selbst auch in die Arbeitswelt hineinragen: als bestimmte Eigenart der Kolleg*innen, als besondere Bedürfnisse, die es zu berücksichtigen gilt, oder auch als wertvolle Erfahrungen, über die man sich gern austauscht. Und schließlich beruht die hier skizzierte moralische Ökonomie der Arbeitswelt wesentlich auf einem inhaltlich-sozial bestimmten Arbeitsbegriff: Es geht nur wenigen Beschäftigten einzig um eine rein formale Arbeitserfüllung. Zentral ist vielmehr eine Perspektive, die die *eigene Arbeit als Bestandteil eines generellen, über Betrieb und Arbeitsplatz hinausragenden inhaltlichen Zusammenhangs* betrachtet, sei es konkret zu bestimmten Kund*innen oder versorgungsbedürftigen Menschen, aber auch abstrakt-allgemein als Beitrag für die Gesellschaft als solche. Eine Softwareentwicklerin will, dass ihre Programme »gut laufen«, einem Bandarbeiter ist wichtig, dass die von ihm montierten Auto-Bremsen »einwandfrei funktionieren« (Hürtgen/Voswinkel 2014).

Es ist wichtig zu verstehen, dass die Beschäftigten diese mit-menschliche, soziale und inhaltlich ausgerichtete arbeitsweltliche moralische Ökonomie nicht einfach als gegeben nehmen. Aber sie finden ausreichend materiale, über generationellen, sozialen und politischen Austausch verdichtete Erfahrungen und Anhaltspunkte vor, die es ihnen erlauben, dieses Anspruchsvolle Gesamtbild der (Arbeits-)Welt zu entwerfen (Vester 2001; Dubet 2008). Es ist also keine abgehobene, am Reißbrett entworfene Utopie, sondern eine Art positive Verdichtung und Erweiterung wahrgenommener sozialer Möglichkeiten und Möglichkeitshorizonte. Es ist Grundlage einer Kritik der Arbeits- und Lebensbedingungen – nicht nur mit Blick auf die Notwendigkeit, sondern vor allem auch die *prinzipielle Möglichkeit ihrer Veränderung* –, dass die Beschäftigten sich als »eigen-mächtiger« Bestandteil einer zu stärkenden allgemeinen, d.h. gesamtgesellschaftlichen moralischen Ökonomie konstituieren und auf entsprechend eingreifendes Handeln fokussieren können. Das heißt nicht, dass sie in jedem Moment »aktiv« werden oder »sich organisieren« – oft gibt es »gute Gründe«, nicht einzugreifen, weil z.B. basale Ressourcen dazu fehlen, die Kräfteverhältnisse nur ein Nachdenken ermöglichen. Eingreifendes Handeln ist prinzipieller Bestandteil dieser Subjektivierungsform, es wird selbstverständlich mit Bezug auf die alltäglich-konkreten und allgemein-gesellschaftlichen Lebenszusammenhänge reflektiert und agiert.

Entsprechend finden wir, weitgehend jenseits größerer mediatler und sozialer Öffentlichkeit, in der Arbeitswelt eine Vielzahl kleinerer und größe-

rer Proteste, Grenzziehungen und Formen der Solidarisierung vor, die sich, trotz vielfacher Widerstände, an der moralischen Ökonomie einer kooperativ-gemeinschaftlichen (Arbeits-)Welt orientieren. So wird einer gemobten Kollegin im Büro beigesungen, auch, wenn man dann selbst von der Chefin »rangenommen« wird, oder es wird am Fließband ein respektvoller Umgang mit migrantischen, schlecht deutsch sprechenden Arbeitskolleg*innen durchgesetzt, indem man dem Meister »mal die Zähne zeigt«; eine andere Beschäftigte wendete viel Zeit und Energie dafür auf, einem alkoholkranken Kollegen zu helfen, ohne ihn zu diffamieren oder bloßzustellen – das habe sie ganz selbstverständlich, »als Mensch«, getan (Hürten/Voswinkel 2014).

Das Mensch-Sein als Lohnarbeit transzendierendes Prinzip

Betrachten wir diese Dimension einer moralisch vorgestellten »menschlichen« Arbeitswelt etwas genauer. *Mensch-Sein* ist für Arbeiter*innen zentral, gerade auch für die Zusammenarbeit in Betrieb und Unternehmen, und es hat zwei grundlegende, miteinander zusammenhängende Facetten: *Ers-tens* geht es um die Norm einer *Gleichheit* von Menschen *als Menschen*, die sich im sozialen Miteinander niederschlagen muss. Unabhängig von etwaigen Eigenarten, dem sozialen Status oder gar sichtbaren Äußerlichkeiten ist hiernach jede*r als Mensch aufzufassen und entsprechend zu behandeln. So berichtet eine (ostdeutsche) Interviewpartnerin, sie habe im Sudan, wo sie eingesetzt war, mit den muslimischen Kolleg*innen wunderbar zusammengearbeitet und auch ganz unkompliziert über Religion diskutieren können, daran sehe man: »Der Mensch« habe einfach »unsäglich viele Gemeinsamkeiten« (ebd.), Zugleich ist diese Vorstellung der Gleichheit als Mensch eine zentrale normative Ressource von (eingreifender) Kritik im Arbeitsalltag. Der schon erwähnte Anspruch, auch als Migrant*in mit schlecht(er)en Deutschkenntnissen respektvoll behandelt zu werden, speist sich hieraus ebenso wie der Gleichheitsanspruch als Frau oder Homosexuelle*r oder auch als jemand, der »mal einen schlechten Tag hat«. Grenzen der Integrität sollen und müssen für alle gewahrt werden, auch über die verschiedenen betrieblichen Positionen und Hierarchien hinweg. Jene Interviewpartnerin, die ihre gemobte Kollegin unterstützte (s.o.), macht dieses Prinzip deutlich, indem sie es von einer Politik der »Drohung« durch Vor-gesetzte vehement abgrenzt:

»Was ich gar nicht haben kann, sind Drohungen, ich muss niemandem drohen. Wir sind jetzt hier nicht beim Militär oder so was [...], wir sind alles gleichwertige Menschen. Vielleicht hat der eine eine andere Position

und kann dem anderen was sagen, aber es kann nicht sein, dass, ja, der eine eben was Besseres ist als der andere. Sondern man hat unterschiedliche Positionen, aber man ist trotzdem noch Mensch, jeder für sich.« (Ebd. 121)

Die zweite Facette des Menschlichen in der Arbeitswelt beinhaltet die Berücksichtigung der leiblich-seelischen Bedürftigkeit und Verletzbarkeit von Menschen. Der Leib ist – im Unterschied zum Körper – immer subjektiv gespürt, gelebt. Er ist, folgt man den Erzählungen unserer Interviewpartner*innen, unhintergehbare Quelle guter, sorgfältiger und verantwortungsbewusster Arbeit und muss als solche anerkannt werden. Das Menschsein kreist hier um die Frage grundsätzlich zu schützender physischer und psychischer Integrität. Allerdings ist diese ganz offensichtlich in den Betrieben vielfach nicht gewahrt. Beschäftigte sprechen dann typischerweise davon, dass bestimmte Vorgänge und Verhältnisse »krank machen«. Die Beispiele hierfür sind mannigfaltig, zu ihnen gehört das Arbeiten in permanenter Hektik, unter Dauerstress und mit stark flexibilisierten Arbeitszeiten (die eine »normale« Erholung und Teilhabe am sozialen Leben oft nicht mehr ermöglichen), übergrieffige Verhaltensweisen von Vorgesetzten wie Angeschrien werden oder aus Kostengründen im Dunkeln arbeiten müssen, eine den Leib und Leben angreifende Arbeitsorganisation (laute Hallen oder Großraumbüros), aber auch ein zu geringes Einkommen, das ein würdevolles, menschliches Dasein nicht ermöglicht.

Kurz: Das Mensch-Sein in der (Arbeits-)Welt enthält eine Perspektive auf Lohnarbeit, die diese transzendiert und gerade nicht auf pure, effektive Arbeitskraftverausgabung verengt. Es berührt, inhaltlich, beispielsweise feministische Überlegungen einer notwendigen Stärkung des Fürsorglichen als gesellschaftliche, auch die »normale« Lohnarbeit umfassende Aufgabe (Pionz 2011) und es enthält einen die betrieblichen wie nationalen Grenzen überschreitenden Universalismus, den es für das Projekt eines neuen, »revolutionären Humanismus« (David Harvey) aufzugreifen gälte.

Lohnarbeit als gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeit und die Bedeutung sozialer Rechte

Eine weitere Dimension, sich in der subjektiven Handlungsorientierung auf ein normativ-strukturiertes Gesamtes, auf eine moralische Ökonomie zu beziehen, ist die inhaltlich-soziale Seite von Lohnarbeit (ausführlich Hürten 2017). Auch diese Orientierung ist im Zuge einer vor allem auf Individualisierung, Selbstverwirklichung und Hochqualifizierung ausgerichteten wissenschaftlichen Debatte zu Unrecht aus dem Fokus geraten (Nies 2015).

Dabei zeigt beispielsweise ein kurzer Blick zurück auf die klassische Studie »Das Gesellschaftsbild des Arbeiters« von Popitz, Bahrt und anderen (1957) ihre immense Bedeutung für die Arbeiter*innenbewegung. Die Autoren legen ausführlich dar, wie ein Gutteil der befragten (6001) Stahlarbeiter die Vorstellung hegte, »für die Gesellschaft zu produzieren und ihr so nützlich zu sein« (242). Es herrsche die Auffassung vor von der eigenen Arbeit als einer »Funktion, die für die anderen, für die *Gesellschaft* eine fundamentale Voraussetzung ihrer Existenz ist« (238; Hvh. SH). Die Autoren zitieren Wendungen wie »schließlich leben ja die anderen von der Produktivität der Arbeiter« oder das bis heute anzutreffende »die Werte schafft der Arbeiter«. Entscheidend ist, dass diese inhaltliche Bestimmung von Arbeit nicht nur als Legitimationsbasis für Forderungen nach sozialen Verbesserungen der damaligen (auch reproduktiven) Arbeitsbedingungen für sich selbst fungierte (z.B. neue Waschräume, bessere Altersversorgung usw.), sondern darüber hinaus ein relevanter Teil der Arbeiter auf der Basis einer inhaltlich-sinnvollen Arbeitsbestimmung sich als politisch progressiver Bestandteil der Gesellschaft, als ihren sozialen Fortschritt gestaltenden Part konstituieren konnte. Diese Arbeiter (es waren *nicht alle* Arbeiter) sahen sich selbst, so zeigen die ausführlichen Interviews, als diejenige Kraft an, die (nicht zuletzt) zusammen mit der Gewerkschaft) auf eine solche Umgestaltung von Arbeit und Gesellschaft drängt, die die allgemein notwendigen sozialen Verbesserungen *vorantreibt* und rechtlich und institutionell *absichert* (184ff.). Beispiele hierfür sind Auseinandersetzungen um die Unternehmensmitbestimmung, den Ausbau sozialer Versicherungen, aber auch die Verhinderung eines erneuten Krieges.

Popitz u.a. entwickeln hier also den *Zusammenhang* einer normativen Vorstellung von Lohnarbeit als gesellschaftlich nützlich und der (Selbst-)Konsolidation als selbstbewusste, eingreifende, auf das gesellschaftliche Ganze zielende (Arbeits-) Subjekte. Wie eingangs schon angesprochen, kann eine solche Subjektivierung aber nur an Terrain gewinnen, wenn sie sich in normativ-institutionalisierte Strukturen und Formen einschreiben kann. Um diesen Sachverhalt zu erläutern, können wir mit dem französischen Soziologen Robert Castel (2008) die politisch-rechtliche Seite dieser Entwicklung betrachten. Castel charakterisiert die westeuropäische Nachkriegsepoche als eine des »Aufstieges der Lohnarbeit«, weg von der verachteten, unsicheren Position des »Proletariats« hin zur gesellschaftlich anerkannten und relativ weitgehend geschützten, auch materiell teilhabenden Gruppe der Lohnabhängigen. Er hat dabei den Ausbau des fordristischen Wohlfahrtsstaates, des Sozialrechts und des »kollektiven sozialen Eigentums« im Blick, also alle Arten sozialer Infrastruktur. Entscheidend ist nun: Mit diesen Institutionen

erfolgt vor allem und vorrangig eine Neubestimmung des gesellschaftlichen Status von *Lohnarbeit* selbst, auch und gerade diese »steigt auf«. Sie ist nun – in der »Lohnarbeitgesellschaft«, wie Castel es nennt – nicht mehr länger konkretes, einzeln und nach Ergebnis zu entlohnendes, den Marktunsicherheiten unterworfenen Tagwerk. Vielmehr wird sie nunmehr *inhaltlich* neu bestimmt als gesellschaftlich-allgemeines, »kollektives Gut«, als durch die Einrichtungen des Sozialstaates anerkannter Bestandteil des »gesellschaftlichen Ganzen«. Unabhängig von der dann tatsächlich vom Einzelnen geleisteten Arbeit institutionalisieren die sozialen Rechte Lohnarbeit als beitragende, sinnvolle Tätigkeit. »[D]ie Arbeit musste selbst als kollektive Produktionsform anerkannt werden, als kollektiver Akt, der über die Besonderheiten der von den Individuen erfüllten Arbeiten hinausgeht. Dieser Wandel vollzieht sich zusammen mit [...] der Anerkennung der Arbeitsfähigkeit als einem Akt der Arbeit im Allgemeinen, einem gesellschaftlichen Akt.« (Castel 2011: 67)

Es ist wesentlich dieser normativ-institutionell veränderte Charakter von Lohnarbeit, der eine spezifische *politische Konstitution ihrer Träger* ermöglicht: Diese werden auf der Grundlage ihrer auf die Gesellschaft gerichteten Arbeit selbst zu *gesellschaftlichen Akteuren*, zu die Gesellschaft gestaltenden (Rechts-)Subjekten. Sie haben nun, aufgrund der institutionalisierten »Anerkennung der allgemeinen gesellschaftlichen Funktion der Arbeit [...] Zugang zum öffentlichen Raum«, sie werden zu politisch handelnden, gestaltenden *Bürgern*. Damit werden ihre vormals als partikular aufgefassten Probleme der Arbeitswelt verallgemeinerbare gesellschaftliche Angelegenheiten: »Der Arbeiter besetzt damit auf seine Weise – als Produzent – den öffentlichen Raum. [...] Das Arbeitsrecht besiegelt sein Bürgerrecht. [...] Arbeit [wird] zur Grundlage einer *sozialen Bürgerschaft*.« (Ebd.)

Privatismus und Autoritarismus oder radikale soziale Demokratie

Zu Recht ist Castel von feministischer und kritisch-ökologischer Seite kritisiert worden, soziale Bürgerrechte konzeptionell einseitig auf – zudem oft auf klassische Facharbeit verengte – Lohnarbeit hin auszurichten (Aulenbacher 2009). Entscheidend ist an dieser Stelle aber etwas anderes: Wir können mit Popitz u.a. und Castel beispielhaft eine doppelte Konstituierung von Gesellschaft und (Arbeits-)Subjekt nachvollziehen, die es letzterem ermöglicht, in Wechselwirkung mit den normativ-institutionell verallgemeinerten Strukturen, eine auf progressive gesellschaftliche Veränderung zielende alltägliche wie auch kollektiv-organisierte Handlungsorientierung zu entwi-

ckeln. Basal ist die nur kollektiv zu verfolgende Perspektive der prinzipiellen Gestaltbarkeit des Gesellschaftlichen, mit dem/der Einzelnen als ihrem aktiven Bestandteil, als Akteur einer in Form und Inhalt auszubauenden *sozialen Demokratie*. Dass diese alltagspolitische Subjektivierung von Lohnarbeiter*innen bis heute fortbesteht und dabei einen fordistisch-verengten Arbeitsbegriff selbst vielfach transzendiert, habe ich in der hier notwendigen Kürze angesprochen (ausführlich Hürtgen/Voswinkel 2014).

Zugleich ist die Krise dieser (alltags)politisch eingreifenden Subjektivierung, ihr in hohem Maße gefährdeter Status, offensichtlich. Sie besteht aber keineswegs allein bzw. unmittelbar in einer Neuansichtung hin auf rechtstradikale Parteien und Parolen. Eine solche Vorstellung ist viel zu einfach und läßt die Krisendynamik vorschnell bei den Beschäftigten und ihrem vermeintlich »falschen Bewusstsein« ab. Vielmehr ist es notwendig, unterschiedliche Ebenen der umfassenden strukturellen und subjektiven Krise auch und gerade mit Blick auf die Marginalisierung selbstbewusst eingreifender Subjektivierung auseinanderzuhalten:

Erstens: Seit Jahren schreitet die sogenannter Verbetrieblichung (gewerkschafts)politischer Interessenspolitik voran; so nimmt die zwar über Öffnungsklauseln, Härtefallregeln usw. formaljuristisch »kontrollierte Dezentralisierung« des Flächentarifvertrages de facto schon lange »unkontrollierte« Ausmaße an (Bispinck 2004). Kämpfe um soziale Gestaltung fokussieren wesentlich auf die Ebene des Betriebes, allenfalls der Branche, und geraten dort nicht selten zum »concession bargaining«, denn einzelbetrieblich und ohne eine seitens der Gewerkschaften und sog. »Volks«-Parteien offensiv geführte *gesellschaftspolitische Auseinandersetzung* kann dem unternehmerischen Konkurrenz- und Profitabilitätsprinzip nicht wirksam widersprochen werden. Die mit dieser Entwicklung einhergehenden *Omnachterverfahren* vieler betrieblicher und gewerkschaftlicher Aktivist*innen sind gut dokumentiert (z. B. Bergmann u. a. 2002). Sie zeigen vielfach Frustration und Rückzug – wenn schon nicht aus gewerkschaftspolitischen Belangen insgesamt, so doch in Bezug auf weiter reichende (gesamt)gesellschaftliche Ambitionen, die nun vielfach selbst als »irrational« und »utopisch« zurückgenommen werden.

Zweitens: Bei den »normalen« Beschäftigten mit (alltags)politisch eingreifender Orientierung sehen wir eine nicht zu unterschätzende Irritation, nicht selten umschlagend in Frustration (siehe unten). Sie verläuft entlang der Frage, welche normative Struktur von Ökonomie und Gesellschaft heute tatsächlich Gültigkeit hat, also (für sie) praxisrelevant ist. Einerseits werden von Politik, Gewerkschaften und Medien basale Standards der skizzierten moralischen Ökonomie weiter hochgehalten: z. B. die Notwendigkeit, mit seiner Arbeit ein ausreichendes Einkommen zu beziehen und ein Leben in

Würde führen zu können. Auch die gewerkschaftspolitischen Rechte scheinen vielfach noch intakt, man kann sich, eigentlich, auf sie beziehen. Andererseits erleben diese Beschäftigten, dass der faktische Geltungsbereich dieser normativen Strukturen und Rechte immer weiter zurückgefahren wird. Im Resultat entsteht eine spannungsreiche Nichtpassung, ein Erleben »nichtnormaler Normalität« (Hürtgen/Voswinkel 2014) oder »adressatenloser Wut« (Dejje u. a. 2011), weil Kritik zwar formal wahrgenommen und aufgegriffen wird, faktisch aber vielfach ins Leere läuft.

Drittens: Auch in der unmittelbaren Arbeitsverausgabung selbst geben Beschäftigte ihre Vorstellungen einer moralischen Ökonomie der Arbeitswelt nicht einfach auf, sondern entwickeln selbst krisenhafte Formen des Umgangs mit der beschriebenen Dissonanz zwischen formaler Gültigkeit und unterhöhlter faktischer Geltung institutionalisierter Normen und Rechte. Ein Beispiel hierfür ist der vielerorts enorm gestiegene Leistungsdruck, der zu beständiger Arbeit »am Limit« führt: Viele Beschäftigte versuchen, diese Situation im Modus einer »Selbstextensivierung« (Kratzer 2003: 133) zu bewältigen. Mit hohen psychosozialen Kosten hatten sie, zumindest eine Zeit lang, an den für sie nach wie vor gültigen Maßstäben gründlicher, sinnvoller Arbeitserledigung fest. Von kritisch-wissenschaftlicher Seite werden sie mitunter dazu aufgefordert, »Grenzen zu ziehen«, also quasi Dienst nach Vorschrift zu machen (vgl. Nowak u. a. 2012). Allerdings verkennt dieser Ratschlag, dass hier keineswegs eine mangelnde *Einsicht* darin besteht, der Überbeanspruchung Einhalt zu gebieten. Was die Beschäftigten hier (mit allerdings dramatischen Folgen für sie selbst) hochhalten, das ist eine gesellschaftliche Bedeutsamkeit von sich und ihrer Arbeit (Linhart 2009). Sie weigern sich, sich selbst zu privatisieren, d. h. ihre eigene Lohnarbeit von jeglicher subjektiven und gesellschaftlichen Bedeutsamkeit abzuschneiden und auf einen einzeln-zufällig zu erledigenden *Job* zu reduzieren, der nur noch um des Geldes wegen verrichtet würde.

Viertens: Dass dieses Auf-Sich-Nehmen gesellschaftlicher Tragweite und Verantwortlichkeit nicht auf Dauer durchzuhalten ist, liegt auf der Hand. Entsprechend mehrten sich die Stimmen, die von Maßstäben sinnvoller Arbeit und Vorstellungen einer sozial und menschlich gestalteten Arbeitswelt absehen. Das sei, so heißt es oft, leider nötig, um nicht selbst »draufzugehen« (Hürtgen/Voswinkel 2014). Die Notwendigkeit, Distanz zu den Verhältnissen zu wahren, sich nicht zu viel Gedanken zu machen, sondern sich vorrangig »um sich selbst« zu kümmern, ist verbreitetes Credo auch und gerade in der Arbeitswelt (z. B. Staab 2015). Rückzug auf sich selbst und ins »Private« werden zu notwendiger Handlungsorientierung, wenn das individuelle (Arbeits-)Leben nur noch zu bewältigen

ist, wenn man sich von *normativen Vorstellungen über individueller sozialer Gestaltbarkeit befreit.*

Fünftens: Die gewissensmaßen triumphierend-offensive Variante dieser restriktiv-partikularen Handlungsorientierung ist programmatischer und verkündet es als immer gewusste Weisheit, dass »der kleine Mann« eh nichts ausrichten könne. Dieser harten, leider unabänderlichen Realität gelte es, ins Auge zu blicken. Wer dies nicht schaffe, gehe in der von Natur aus *asozialen* Welt unter. Alles zu tun, um »durchzukommen«, schießt im Zweifel ein, moralische Grenzen zu übertreten, um sich (gegenüber Kolleg*innen, Mitmenschen usw.) Vorteile zu verschaffen oder durchzusetzen (ebd.; Hürtgen/Voswinkel 2014).

Sechstens: Vor allem diese programmatische restriktive Handlungsorientierung ist in ihrer grundlegend autoritären Ausrichtung anfällig für rechtsautoritäre Überhöhungen von Führerfiguren, Rassismus und Xenophobie (Sauer u.a. 2018). Die eigene Unterwerfung unter vermeintlich unabänderliche Macht- und Unterdrückungsmechanismen, inklusive entsprechender Ohnmachtsverfahren, paart sich mit (vorgestellter) machtvoller Handlungsfähigkeit, d.h. Kontrolle und Repression gegenüber (noch) Schwächeren (Holzkamp 1985; Kalpaka u.a. 2017; Hürtgen 2019).

Es kann an dieser Stelle nicht ausgeführt werden, dass *alle* hier diskutierten Formen der Subjektivierung und Auseinandersetzung mit sich und der Gesellschaft voller Widersprüchlichkeiten und Uneindeutigkeiten sind. Auch stehen sich gesellschaftlich-eingreifende und partikular-restriktive Handlungsfähigkeit nicht dichotom getrennt gegenüber, sondern sind durch eine Vielzahl an Schattierungen und Übergängen geprägt.

Entscheidend ist: Für eine progressive Transformationsperspektive ist nicht die aufklärerische intellektuelle Überzeugung der Arbeiter*innen von der Notwendigkeit einer anderen, besseren Welt zielführend. Es braucht vielmehr dringend eine breite Debatte darüber, wo und wie die in den gesellschaftlichen Widersprüchen steckenden Möglichkeitenhorizonte zugegriffen und mit welcher Perspektive verknüpft und erweitert werden können, um wieder Terrain sozialer Gestaltbarkeit zu erlangen. Gegen jeden etatistischen Politizismus bedeutet dies auch, einen radikalen Begriff sozialer Demokratie zu entfalten, der nicht den Staat als zuständige Instanz adressiert, sondern aufs Ganze der Gesellschaft zielt.

Literatur

- Aulenbacher, Brigitte (2009): Die soziale Frage neu gestellt. In: R. Castel/K. Dörre (Hrsg.): Prekarität, Absstieg, Ausgrenzung, Frankfurt a.M., 65-77.
- Bergmann, Joachim/Bürckmann, Erwin/Dabrowski, Hartmut (2002): Krisen und Krisenerfahrungen. Einschätzungen und Deutungen von Betriebsräten und Vertrauensleuten. Supplement Sozialismus, 4.
- Bispinck, Reinhard (2004): Kontrollierte Dezentralisierung der Tarifpolitik – eine schwierige Balance. WSI-Mitteilungen 57(5), 237-245.
- Castel, Robert (2008): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, 2. Aufl. Konstanz.
- Castel, Robert (2011): Die Krise der Arbeit. Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums, Hamburg.
- Dejfe, Richard/Wenz, Wolfgang/Nies, Sarah/Sauer, Dieter (2011): Krise ohne Konflikt?, Hamburg.
- Dubet, François (2008): Ungerechtigkeiten. Zum subjektiven Ungerechtigkeitsempfinden am Arbeitsplatz, Hamburg.
- Holzkamp, Klaus (1985): Grundkonzepte der Kritischen Psychologie, S. 13-19, zit. nach www.kritische-psychologie.de/files/kh1985a.pdf
- Holzkamp, Klaus (1990): Worauf bezieht sich das Begriffspaar »restriktive/verallgemeinerte Handlungsfähigkeit«? Forum Kritische Psychologie 26, 35-45.
- Honneth, Axel (2008): Arbeit und Anerkennung, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 56(3), 327-341.
- Hürtgen, Stefanie (2017): Der subjektive gesellschaftliche Sinnbezug auf die eigene (Lohn-)Arbeit: Grundlage von Ansprüchen auf Gestaltung von Arbeit und Gesellschaft, in: Aulenbacher, Brigitte u.a. (Hrsg.): Leistung und Gerechtigkeit. Das umstrittene Versprechen des Kapitalismus, Weinheim/Basel, 210-227.
- Hürtgen, Stefanie (2019): Konkurrenz und xenophobe Kulturalisierung im transnationalen Raum der Lohnarbeit. In: Book, C. u.a. (Hrsg.): Alltägliche Grenzleistungen, Münster, 94-107
- Hürtgen, Stefanie/Voswinkel, Stephan (2014): Nichtnormale Normalität? Anspruchsgelogen aus der Arbeitnehmermitte, Berlin.
- Kalpaka, Annita/Rätzl, Nora/Weber, Klaus (Hrsg.) (2017): Rassismus. Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein, Hamburg.
- Kratzer, Nick (2003): Arbeitskraft in Entgrenzung, Berlin.
- Linhart, Danièle (2009): Travailler sans les autres, Paris.
- Nies, Sarah (2015): Nützlichkeit und Nutzen von Arbeit, Berlin.
- Nowak, Iris/Hausotter, Jette/Winker, Gabriele (2012): Entgrenzung in Industrie und Altenpflege. WSI-Mitteilungen 65(4), 272-280.
- Pionz, Sabine (2011): Mehrwert und menschliches Maß. Das Argument 53 (3), 365-380.
- Sauer, Dieter/Stöger, Ursula/Bischoff, Joachim/Dejfe, Richard/Müller, Bernhard (2018): Rechtspopulismus und Gewerkschaften, Hamburg.
- Staab, Philipp (2015): Personale Herrschaft und Horizontalisierung des Arbeitskonflikts. AIS-Studien 8(2): 34-48.
- Thompson, Edward P. (1980): Plebeische Kultur und moralische Ökonomie. Frankfurt a.M./Berlin/Wien, 66-130.
- Vester, Michael (2001): Soziale Milieus und soziale Gerechtigkeit. In: Korte, K.-R./Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Deutschland-TrendBuch, Opladen, 136-183.